



**CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Belgique Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

**IPR-Empfehlung
an die regionalen, nationalen und europäischen Exekutiven**

Grenzüberschreitende Mobilität in der Großregion trotz Corona sicherstellen

Auf Vorschlag des Ständigen Ausschusses des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR), der am 1. April 2021 in Form einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten ist, hat der IPR folgende Empfehlung im Umlaufverfahren am 4. Mai 2021 angenommen:

Der IPR

erinnert daran, dass die in seiner Plenarsitzung am 5. Februar 2021 angenommene Resolution „*Die Großregion durch gemeinsames Handeln und grenzüberschreitende Abstimmung entschlossen aus der Corona-Krise führen!*“ vom Interesse und der Wachsamkeit des IPR gegenüber den Folgen der Gesundheitskrise auf das tägliche Leben der Bürger unserer Großregion zeugt, sowie von der Bereitschaft des Rates, Lösungen für die konkreten Probleme vorzuschlagen, die sich aus dieser Situation ergeben;

nimmt zur Kenntnis, dass die Ausbreitung des Virus und die Inzidenzzahlen unterschiedlich verlaufen und dass besonders in den Grenzgebieten diese Unterschiede deutlich werden, wenn die jeweiligen Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung der Pandemie mit unterschiedlichen Maßnahmen reagieren. Aufgrund der hohen Inzidenzzahlen und des hohen Anteils von Virusvarianten im Département Moselle hatte die deutsche Regierung das französische Département Moselle zum Virusvariantengebiet erklärt, mit der Folge, dass für Einreisende nach Deutschland aus diesem Gebiet seit dem 2. März 2021 verschärfte Einreisebeschränkungen gelten. Alle Einreisenden, auch Grenzgänger, Patienten, Studierende und Schüler, die im Département Moselle wohnen und die Grenze überqueren, müssen einen negativen PCR- oder Antigentest vorweisen, der weniger als 48 Stunden zurückliegt;

nimmt zur Kenntnis, dass die deutsche Regierung mit Wirkung zum 28. März 2021 ganz Frankreich (mit Ausnahme der Überseegebiete) als Hochinzidenzgebiet eingestuft hat, wodurch

alle aus Frankreich nach Deutschland Einreisenden grundsätzlich dazu verpflichtet sind, ebenfalls einen negativen PCR- oder Antigentest vorzulegen, der nicht älter als 48 Stunden ist;

gibt zu bedenken, dass die erhöhte Testrate bei Grenzgängern (laut Agence Santé Publique France) dazu beiträgt, dass mehr Covid-Erkrankungen nachgewiesen werden können und sich dadurch das Infektionsgeschehen präziser nachvollziehen lässt; .

nimmt zur Kenntnis, dass in Frankreich weitreichende Maßnahmen in Kraft gesetzt wurden, um die weitere Ausbreitung des Corona-Virus zu bekämpfen; diese können auch Einschränkungen der individuellen Mobilität der Menschen betreffen;

hebt hervor, dass die Bekämpfung der Corona-Pandemie auch mit restriktiven Maßnahmen im Grenzbereich verbunden sein kann, dies jedoch möglichst auch unter Berücksichtigung der besonderen Situation der grenzüberschreitenden Alltagsrealitäten und der Mobilität der Menschen erfolgen sollte. Dabei ist insbesondere die Lage der etwa 16.000 in der Moselle lebenden Grenzgänger, die jeden Tag die Grenze überqueren, um im Saarland oder in Rheinland-Pfalz zu arbeiten, sowie für die in der Moselle lebenden Familien, deren Kinder im Saarland oder in Rheinland-Pfalz zur Schule oder zur Universität gehen, zu berücksichtigen;

weist auf die Notwendigkeit der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen hin. Dies betrifft vor allem solche, die die Mobilität zwischen den Gebieten Moselle, Saarland und Rheinland-Pfalz einschränken, weil dort besonders viele Menschen in einem gemeinsamen grenzübergreifenden Lebensraum wohnen und täglich die Grenze überqueren. Gerade die Verhältnismäßigkeit der Einstellung der grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrsverbindungen ist vor diesem Hintergrund kontinuierlich am Maßstab der Pandemieentwicklung zu prüfen;

empfiehlt in diesem Zusammenhang, auch Erkenntnisse aus einer differenzierten Betrachtung zwischen der epidemiologischen Realität grenzüberschreitender Gebiete auf kleinräumigerer Maßstabsebene und der Einstufung eines gesamten Gebietes auf Departement- (oder entsprechend) regionaler Ebene (hinsichtlich der Einstufung als Virusvarianten-Gebiet), oder erst recht auf nationaler Ebene (hinsichtlich der Einstufung als Hochinzidenzgebiet) in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Weist darauf hin, dass die in Deutschland arbeitenden Grenzgänger größtenteils im Osten des Départements Moselle wohnhaft sind, wo die Viruszirkulation geringer ist;

möchte sich in die Beratungen über die bestmögliche Vereinbarkeit zwischen der Beibehaltung einer kontrollierten Gesundheitslage und verhältnismäßigen Einreisebeschränkungen in Grenzgebieten einbringen und Vorschläge unterbreiten.

Zu diesem Zweck empfiehlt der IPR:

- zu prüfen, ob Indikatoren grenzüberschreitend abgestimmt und zielgenauer ausgerichtet werden können, um bei der Analyse der epidemiologischen Situation im grenzüberschreitenden Lebensraum eine zielgerichtete Anpassung der Beschränkungen auf Risikogebiete zu ermöglichen;
- einen verstärkten Dialog, der unter Berücksichtigung der gegebenen Zuständigkeiten die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärker einbezieht, wobei die Einrichtung der deutsch-französischen Task Force und der speziellen Task Force Großregion begrüßt wird;
- die Ausweitung der Testangebote in diesem Grenzgebiet unter Fortsetzung der Bündelung materieller und personeller Ressourcen, wobei letztere bemerkenswert sind und auch durch begrüßenswerte lokale und regionale Initiativen unterstützt werden.
- Bemühungen zur grenzüberschreitenden Abstimmung der nationalen Impfstrategien und die beschleunigte Einführung eines Europäischen Impf- bzw. Gesundheitspasses (sog. „digitales grünes Zertifikat“), der besonders den Bewohnern von Grenzgebieten (einschließlich Verbrauchern und Reisenden), die bereits geimpft sind, eine Erleichterung der alltäglichen grenzüberschreitenden Mobilität sein kann und es erlauben würde, nicht wiederholt einen negativen Test vorlegen zu müssen. Die Großregion könnte damit Modellregion eines zukünftigen sogenannten „digitalen grünen Zertifikats“ der Europäischen Union werden;
- Die Achtung und Berücksichtigung des Prinzips der Impfstoff-Solidarität, da die Pandemie eine globale Herausforderung darstellt. Das Coronavirus muss auf internationaler Ebene bekämpft werden, um seine Verbreitung zu stoppen. In dieser Hinsicht sind materielle Hilfen und eine Unterstützung von Ländern mit einer prekären Gesundheitssituation bei der Beschleunigung des Impffortschritts wünschenswert.
- Die schnellstmögliche Aufhebung des Verbots des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs aus den Virusvarianten-Gebieten, sobald es die Pandemielage zulässt.

Der CPI appelliert daher daran,

die spezifischen Belange der Grenzregionen stärker zu beachten und dadurch sicherzustellen, dass die besondere Situation der Grenzgänger bei der Bekämpfung der Pandemie Berücksichtigung findet. Die derzeitige Situation darf zu keiner unverhältnismäßigen Einschränkung der Freizügigkeit führen, die ein Grundprinzip der EU ist und für die die Großregion beispielhaft ist;

eine gemeinsame Analyse der epidemiologischen Situation in den Grenzgebieten zu intensivieren und insbesondere die unterschiedlichen Ansätze der berücksichtigten Indikatoren für einen effektiveren Dialog zusammenzuführen oder sogar zu harmonisieren. Ziel ist es, die Indikatoren gegeneinander abzugleichen, den wichtigsten Indikatoren Priorität bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie einzuräumen

die interregionalen Erfahrungen aus der Vergangenheit zu berücksichtigen, um angemessene Antworten für die Großregion als Ganzes zu geben, die es ermöglichen, ein Gleichgewicht zwischen den Grundfreiheiten der Bürger und der effektiven Bekämpfung der Pandemie herzustellen,

An die Adresse der föderalen und nationalen Regierungen der Großregion: Einen Konsultationsprozess zu beschleunigen, um diese Einschränkungen, die nicht nur die Freundschaft zwischen den Völkern beeinträchtigen, sondern auch den Alltag der Menschen, deren Leben sich um das tägliche Überqueren einer Grenze dreht, in einzigartiger Weise erschweren, angemessen abzumildern oder an die reale Lage anzupassen,

An die Adresse der europäischen Ebene: Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Rahmens in Bezug auf die Regelungen für Grenzgänger in dieser Zeit der Gesundheitskrise zu intensivieren und einseitige Entscheidungen über Beschränkungen an den Grenzen möglichst zu vermeiden. Dabei muss möglichst auch mehr denn je die besondere Situation der Grenzregionen Berücksichtigung finden.

